



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1909**

6 (5.1.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-313553](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-313553)

General-Anzeiger



Abonnement

70 Pfennig monatlich.
Eingelohn 25 Btg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
auschluss N. L. 43 pro Quartal.
Zusatz-Nummer 6 Btg.

Inserate:

Die Colonatzeile . . . 25 Btg.
Eingelohnte Inserate . . 50
Die Reflamszeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1443
Druckerei-Bureau (An-
nahmen Druckerarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlag-
buchhaltung 218

Nr. 6.

Dienstag, 5. Januar 1909.

(Abendsblatt.)

Der Balkanbund.

In der gewiß sehr inhaltreichen und wichtigen Dumorede des russischen Ministers Jusowsky findet sich ein interessanter Passus über eine seltsame Kombination. Der russische Minister des Auswärtigen spricht von der Möglichkeit eines sogenannten Balkanbundes, das heißt eines Bündnisses der kleinen Balkanstaaten untereinander und mit der Türkei. Eine höchst unwahrscheinliche Kombination, mit der indes in einem Teil der internationalen, gewissen Intelligenz der Presse seit geraumer Zeit eifrig gearbeitet wird. Der Diplomat, der vor sechs Monaten von einer solchen Möglichkeit gesprochen hätte, wäre in allen Hauptstädten Europas ausgelacht, und wenn er wirklich an diese Möglichkeit geglaubt hätte, von seinem Minister gewiß als unfähig entlassen worden. Die Dinge liegen heute anders? Ist das Unmögliche durch die Annerion Bosniens möglich geworden oder paßt dieser merkwürdige Balkanbund nur, sei es als Jata Morgana oder als Schreckgespenst, einzelnen Mächten in den Arm?

Das der russische Minister von dieser Möglichkeit so warm spricht, ja ihre Verwirklichung als das Ideal der russischen Orientpolitik bezeichnet, ist schließlich nicht erstaunlich. Jusowsky kann jetzt keine Türkenfeindschaft brauchen. Rußland kann keinen Krieg führen, auch keinen Türkenkrieg. Die Mittel, mit denen man noch in Reval die Schwächung der Türkei in Angriff nehmen wollte, sind wenige Monate nachher durch die türkische Reformbewegung wohl für ewig unbrauchbar geworden. Das Rußland ehrlich eine starke Türkei nicht wünscht und nicht wünschen kann, liegt auf der Hand. Aber im Augenblick kann Rußland nichts tun als gute Miene zum bösen Spiel machen und der Türkei, die ja glücklicherweise zurzeit mit Rußlands Balkankonkurrentin Oesterreich-Ungarn im Konflikt lebt, freundliche Worte spenden. Für die Balkanstaaten zu sein, ist Rußlands Interesse und Trabiton. So ist es begreiflich, daß Rußland froh ist, wenn sein pflichtmässiges Eintreten für die Balkanstaaten es nicht in einen zurzeit unerwünschten Konflikt mit der gefährlichen Türkei bringt. Die Balkanstaaten und die Türkei gegen Oesterreich-Ungarn ist dann natürlich der Idealzustand. Daher spricht nicht nur der russische Minister des Auswärtigen von diesen Kombinationen, sondern die russische Diplomatie arbeitet auch mit allen Kräften in der gleichen Richtung und beegnet sich in ihren Bemühungen mit der englischen, die ein anderes, nicht gerade friedliches Interesse auf dem gleichen Weg leitet. Jusowsky fängt dabei noch eine zweite Fälschung. Er gibt den Balkanstaaten, die sehr anspruchsvoll sind, und denen er Rates nicht zu bieten vermag, eine schöne Jata Morgana: ein Bund der Slawen! So sucht der Minister die heftige Opposition aus diesen Kreisen zu beschwichtigen. Und was nach der einen Seite als Jata Morgana verwendbar ist, kann man nach der anderen, nach Oesterreich-Ungarn hin als Schreckgespenst brauchen. Eine fürchtbare Koalition: Serbien, Montenegro, Bulgarien; Rußland, England, Frankreich, Italien.

Weiter ist die Jata Morgana aber nicht wirklich und das Schreckgespenst fällt auseinander, wenn man es anfakt oder wenn es selber die Hand zum Schlage erheben will. Rußland und England wollten zuerst mit den Balkanstaaten die Türkei bekämpfen. Da wurden die tatsächlich be-

stehenden Gegensätze, die übrigens durch das nationalistische Element in der türkischen Reformbewegung nicht gemildert, sondern verstärkt worden sind, nach Möglichkeit erweitert und betont. Mit staunenswerter Equilibristik hat man die Pose geändert. Das Schauspiel entbehrt zwar nicht eines gewissen Reizes. Man vermag aber doch nur schwer zu glauben, daß den Schauspielern am Balkan selbst das Schauspiel gefällt. Daher mag man die Jata Morgana und das Schreckgespenst mit einiger Skepsis aufnehmen und in Ruhe warten, was herauskommt.

Das Handwerk im Jahre 1908.

(A. C.) Noch immer wird die Deffentlichkeit zu wenig über die jeweilige Lage des Handwerks unterrichtet. Großhandel und Großindustrie finden in der Presse eine viel stärkere Resonanz, als Handwerk und Kleingewerbe. Was am Jahreschlusse an Rückblicken auf das verlossene Jahr durch die Presse geht, sind Stimmen aus den Kreisen der Industrie und des Großhandels. Und doch hat auch das wirtschaftliche Ergehen des Handwerks Anspruchs auf Berücksichtigung, spielt es doch in unserem Wirtschaftsleben noch immer an der Zahl der Erwerbstätigen und ihrer Angehörigen gemessen, eine äußerst wichtige Rolle.

Als das Jahr 1907 zu Ende ging, befand sich das Handwerk infolge der Geldsteuerung schon in einer sehr schwierigen Lage, von der alle Zweige des Handwerks mehr oder minder stark heimgesucht waren. Das Jahr 1908 hat zwar eine Ermäßigung der Geldsätze gebracht, die auch den Handwerkern zugute gekommen ist, aber auf der anderen Seite türmten sich neue Schwierigkeiten auf, die schließlich ihre Hauptursache darin hatten, daß die Arbeitsgelegenheit auch für das Handwerk sehr merklich abnahm. Auf dem platten Lande und in Kleinstädten wurde die Beschäftigung kaum geringer, umso empfindlicher aber wirkte der Arbeitsmangel in den Groß- und Mittelstädten sowie in Industrieorten. Hier war namentlich der Teil des Handwerks schlimm daran, der mit der Bautätigkeit verknüpft ist und von ihr seine Arbeitsmenge erhält. Die matte Bautätigkeit verschlechterte die Lage der kleinen Bautischler, der Dachdecker, Glaser, Maler, Ofenleger, Legezieher, Installateure usw. ganz wesentlich. Um nur die Tischler hervorzuheben, so hat mancher Meister im vergangenen Jahre seine Selbständigkeit eingebüßt; andere, die vor dem Konkurs standen, sind durch das Eingreifen ihrer Holzlieferanten weiter über Wasser gehalten worden, befinden sich nunmehr aber in einer ziemlich abhängigen von dem Holzhandel. Weit weniger stark machte sich in dem handwerksmäßig betriebenen Bekleidungs-gewerbe die Abnahme der Beschäftigungsgelegenheit bemerkbar: die Schneiderei hatte namentlich in den größeren Orten auch 1908 recht befriedigend zu tun. Ob freilich der kleinere Schneidermeister bei den hohen Speizen in den Städten gegenüber der Ausbreitung der größeren Konfektionsgeschäfte noch so vorwärts kommt wie in früheren Jahren, muß bezweifelt werden. Nur zu leicht sinkt der Betrieb des kleinen Meisters zur Reparaturwerkstätte in ähnlicher Weise herab, wie wir es in der Entwicklung des Schuhmacherhandwerks schon früher beobachten konnten. Auch auf dem platten Lande verwandelt

sich der Schneider immer mehr in den Fäblicher mit fertigen Kleidern, bei deren systematischem Vertrieb auf mehreren Orten ein besserer Verdienst abfällt als bei Ausführung von Massarbeit. Die Konkurrenz der Konfektionsfirmen im laufenden Jahre hat dafür Sorge getragen, daß die Massarbeit immer mehr auf dem platten Lande verdrängt wird. Am wenigsten, ja teilweise fast gänzlich haben sich Umfay und Arbeitsgelegenheit in den Handwerken des Nahrungsmitteleigewerbes verringert. Bäckerei und Schlächtereie wurden von dem Konsumrückgang am wenigsten berührt; teilweise konnten sie aber auch noch durch Preiserhöhungen eine Umfayabnahme ausgleichen.

Von dem Rückgang der Arbeitsgelegenheit wurden also die einzelnen Gruppen des Handwerks sehr verschiedenartig betroffen. Aber auch in anderer Beziehung war die Gestaltung der Lage keineswegs gleichartig. Bäcker und Schlächter konnten die Preise für ihre Ware auf guter Höhe halten, während in anderen Handwerken die Preise für Ware und Leistungen infolge zunehmenden Wettbewerbs recht empfindlich abbrüdelten. Am deutlichsten zeigte sich die Preisschwunderei wieder bei Submissionen von Bauarbeiten. Hier wurden Angebote gemacht, die nur aus wilder Hast nach Aufträgen verständlich waren. Aber selbst wenn man von den extremen Fällen von Unterbietung absieht, bleibt als gemeinsamer Zug im Jahre 1908 ein starker Preisdruck bestehen. Dazu kommt endlich noch als eine sehr wichtige Erscheinung, die sich 1908 weiter ausgebreitet und verschärft hat, die schwerste und oft unmöglichste Entregung der Arbeiterstände. Durch die zahlreichen Konkurse des abgelaufenen Jahres hat gerade auch das Handwerk große Ausfälle erlitten. Noch größer aber sind die Verluste, die das Handwerk durch die Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern erlitt, bei denen es überhaupt nicht zum Konkurs kam. Davon können namentlich die Handwerksmeister in größeren Städten ein Lied singen.

Sind damit die Hauptcharakteristika des vergangenen Jahres für das Handwerk aufgezählt, so möge noch darauf verwiesen sein, daß die Arbeiterbeschaffung und namentlich die Versorgung mit Lehrlingen wieder etwas reichlicher ausfiel als in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs. Auch von Streiks und Konflikten mit den Arbeitgebern war im allgemeinen weniger die Rede. Bischof aber klagten die Arbeitgeber im Handwerk über die jähwähig festgesetzten Lohnsätze, die sie um so schwerer zahlen konnten, als die Preise für Ware und Leistung zurückgingen, Rohmaterialien aber nicht in dem Grade im Preise sanken, um die Beschäftigungskosten entsprechend vermindern zu können.

Nach Abwägung aller Momente dürfte sich für das gesamte Handwerk im Jahre 1908 eine weitere Verschlechterung gegen 1907 ergeben, die aber dem Grade nach doch nicht so stark war wie die Verschlechterung in manchen Zweigen der Industrie und wie die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung. Freilich legte dafür im Handwerk die Verschlechterung auch schon sehr viel früher und kräftiger ein als in der Industrie und auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt. Schon Anfang 1906 machten die Geldmarktverhältnisse dem Handwerk große Schwierigkeiten, unter denen dann das Handwerk fast zwei Jahre, bevor der gewerbliche

Feuilleton.

Ellen Key über das „Che-Problem“.

Das Erscheinen des Werkes Sibilla Alberamos „Una Donna“ hat in Italien, wo die soziale Stellung der Frau bekanntlich noch recht mittelalterlich ist, eine lebhaft diskussion der Ehe- und der Geschlechtsmoral zur Folge gehabt, die in ihrer Heftigkeit an die Erregung der Gemüter in Nord-Europa nach dem Erscheinen der „Kora“ von Ibsen erinnert. Die in Italien lebende bänische Schriftstellerin Rosalie Jakobson hat eine geistreiche Anmeldung des aufsehenerregenden Buches geschrieben, auf Grund deren die Diskussion des „Che-Problem“ in der Form einer, von derselben Schriftstellerin eröffneten Enquete von den hervorragensten Vertretern und Vertreterinnen der Frauenfrage über ganz Europa weitergeführt wird. Von besonderem Interesse ist die Antwort, welche in dieser Enquete Ellen Key auf die gestellten Fragen erteilt. Der „Hann. Cour.“ gibt sie nach der italienisch-schwedischen Zeitschrift „Fogline Libere“ wieder.

Die gestellten Fragen lauten:

- 1) Meinen Sie, daß die Frau in der Frage der Liebe den Rücksichten auf Kinder, Gatten, Familienleben — die sog. sozialen Rücksichten — oder aber den Rücksichten, die sie ihrer freien Persönlichkeit und deren Entwicklung, sowie ihrem eigenen Glücke schuldet, den Vorrang geben muß?
- 2) Meinen Sie, daß die „Vergütung“, die der Mann durch die Lebensarbeit — unabhängig von der gegenseitigen Liebe — unter verschiedenen Formen für die Liebe der Frauen geübt hat (Bezahlung in barem Gelde, Unterhalt, soziale Stellung, „Ritterdienste“ usw.) für die Frau eine Returmotivabigkeit ist?

3) Wird das Verhältnis zwischen den beiden Geschlechtern ein besseres werden oder nicht, wenn der Mann die Frau nicht mehr unterhält, — wenn die Geschlechter vielmehr sozial gleichgestellt werden?

4) Wie muß die Erziehung geleitet werden, damit eine Generation geschaffen werde, in der die Männer zu stolz sind, um für die Liebe zu zahlen, die Frauen aber ihrerseits zu stolz, um eine „Vergütung“ anzunehmen?

Ellen Key antwortet:

Zu 1. Die „sozialen Rücksichten“ kommen in einem solchen Maße erst in zweiter Reihe in Frage. Denn nur eine Frau, die sich glücklich fühlt, vermag ihre Pflichten als Tochter, Gattin und Mutter gut zu erfüllen. Sie kann aus freien Stücken einen Teil ihrer Persönlichkeit opfern (s. B. die Entwicklung irgend eines Talentes) um jenen Pflichten gerecht zu werden. Wie kann sie aber ihre ganze Persönlichkeit vernichten lassen und gleichzeitig ein vollendes Mitglied der Familie und der Gesellschaft im weitesten Sinne des Wortes bleiben. Sie tut deshalb am besten, eine solche Lösung etwaiger Konflikte zu suchen, daß sie, wenn es ihr möglich ist, ihre Pflichten erfüllen könne, ohne sich selbst zu vernichten. Wenn dies aber nicht möglich ist, so ist ihre erste Pflicht die gegen sie selbst, so daß sie weder körperlich oder seelisch zugrunde geht.

Zu 2. Nein! Das Verhältnis zwischen den beiden Geschlechtern erreicht erst dann seine volle Wahrheit und Schönheit, wenn ein jedes äußere Privileg von beiden Seiten weggelassen wird, und wenn Mann und Frau vollständig gleich stehen in bezug auf ihre Rechte und auf ihre persönliche Freiheit. Dies gilt sowohl innerhalb als außerhalb der Ehe. Der Schutz der Mutter und des Kindes muß aber die erste Pflicht des Vaters und der Gesellschaft sein.

Zu 3. Das Verhältnis wird besser werden. Die Frau muß soweit kommen, daß sie wie der Mann sich selbst unterhalten kann. Die Erziehung des Kindes muß aber die

höchste Form der Arbeit der Frau bleiben; dafür muß sie von der Gesellschaft eine höhere Vergütung erhalten als für irgend eine andere Arbeit.

Zu 4. Durch eine gemeinsame Erziehung müssen beide Geschlechter es lernen, sich gegenseitig zu kennen und zu achten. Und der Stolz der Frau muß schließlich aufwachen, wenn sie so weit gekommen ist, daß sie sich als eine vollende Mitarbeiterin innerhalb der menschlichen Gesellschaft fühlt, so daß sie niemals Liebe weder empfangen noch geben will gegen irgend einen äußeren Vorteil. Im tiefen Verständnis der Verantwortung beider Geschlechter gegenüber der künftigen Generation muß man aber so weit kommen, daß man der Mutter die größte Bedeutung zuerkennt, und die Frau muß es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, nur einer gesunden Nachkommenschaft das Leben zu geben. In der Liebe darf es kein Band und keinen äußeren Vorteil geben; dies ist das Geheiß der neuen Geschlechtsmoral! Dies muß sich ganz besonders um einen strengen Unterricht in den Pflichten gegen die kommende Generation konzentrieren, der allen denjenigen zu erteilen wäre, die Eltern zu werden beabsichtigen . . . Dies ist die neue Geschlechtsmoral, während die alte und veraltete die ist, eine ganze Anzahl unmoralischer Ehen zu stiften und aufrecht zu erhalten!

Buntes Feuilleton.

— Schreckensbilder aus dem gestörten Reggio. Auch aus Reggio treffen jetzt die Schilderungen von Augenzeugen der furchtbaren Verwüstung ein, die ein grauenvolles Bild von dem Jammer entwerfen, der den unglücklichen Rest der Bevölkerung heimhucht. Di meisten Bewohner sind der Wucht der Elementarkatastrophen zum Opfer gefallen; unter denen, die die furchtbare Nacht überlebten, schwimmt jetzt der Hunger seine furchtbare Geißel, und diesem neuen erbarmungslosen

Niederlegung deutlich einsetzte, stark zu leiden hatte. Wenn also die Intenität der Verflechtung im Handwerk während des Jahres 1908 weniger stark war, so hält dafür die rückgängige Periode schon um so länger an.

Politische Uebersicht.

• Mannheim, 6. Jan. 1909.

Heber Dr. Schüdling als Barthianer

schreibt die „Allg. Ztg. Korresp.“:

Die Affäre Schüdling hat zu Ausgang des Jahres eine seltsame Wendung genommen. Eine Wendung, die sie zu weiterer Argumentation im Sinne des verletzten Freiins nicht mehr recht geeignet macht. Herr Dr. Schüdling ist nämlich, nachdem er, was man begreifen und ihm nicht verübeln kann, sein hiesiger Amt niedergelegt hat, in Dortmund, wo er künftighin als Rechtsanwalt zu wirken beabsichtigt ist, dem demokratischen Vereinigung beigetreten. Das schafft doch einigermaßen andere Verhältnisse. Läßt begreiflich erscheinen, warum der Freiins in der letzten Zeit die Sache des hiesigen Bürgermeisters sichtlich nur mit halber Kraft geführt hat, und gibt, wenn auch post festum, denen einen ansichtsreichen Trumpf in die Hand, die eine Störung des Friedens durch den Fall Schüdling immer ableugnen zu können glauben. Wenn Herr Dr. Schüdling innerlich doch nicht zu den Blockpartei gehörte; wenn er insgeheim schon damals sich den Barthianern strenger Objektivität zuzählte, denen alle Blockpolitik ein Greuel ist, dann geschah, streng genommen, auch dem Block keine Unbill, da man zur Sommerzeit Herrn Schüdling von Regierungswegen vertrieb. An der Tatsache, daß diese Regierung an sich unnötig und zwecklos war, wird ja dadurch nichts geändert. Immerhin wird der ganze Fall doch unwillkürlich in eine andere Beleuchtung gerückt. Der Fall und Herr Schüdling mit ihm: Politisch, vielleicht auch menschlich hätte der „Bürgermeister E. V.“ doch wohl eine bessere Figur gemacht, wenn er innerhalb der Gruppe geblieben wäre, für die er bei den Wahlen kandidiert und die während der ganzen langen Kampagne, die sich an das Vorgehen der Schleswiger Regierung knüpfte, stützend über ihn die Hände gereift hatte.

Badische Politik.

Die „Umschmelzung“ der Konservativen.

Die „Vollstimme“ bringt jetzt jeden Tag einen Artikel, in dem sie behauptet, wir hätten die Konservativen umworben. Es soll das in einem Artikel geheißen sein, in dem wir die Absage des „Vollstimmens“ an die Nationalliberalen beleuchteten und erklärten, diese Absage könne die national-liberale Partei recht gleichgültig lassen. Um dieser böswilligen Legendenbildung entgegenzutreten, drucken wir nochmals ab, was wir damals schrieben:

Zu wünschen wäre endlich noch, daß das konservative Lager ebenso wie die sozialdemokratische Abgabe an die national-liberale Partei wie die hoffentlich zustimmende Aufnahme in national-liberalen Kreisen nach Gebühr würdigt und einschätzt, die eigene Politik und Taktik darnach einrichtet und ausführt, sich von Wader umgarnen zu lassen. Auf Erfüllung dieses Wunsches haben wir baldig zu hoffen, ist freilich wohl noch etwas verfrüht. Dann aber könnten wir wohl den Block bekommen, der unserer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zuständen angemessen wäre usw.

Wer diese Worte dornenlos und genau liest, wird zusehen müssen, daß nur Unvollständigkeit behaupten kann, wir wollten mit ihnen die Nationalliberalen heranziehen, die Konservativen zu umwerben. Das ist tatsächlich nicht geschehen und das kann ein lokaler Gegner auch nicht als Absicht aus diesen Worten herauslesen. Vielmehr überlassen wir es den Konservativen, aus der Absage des „Vollstimmens“ an die Nationalliberalen und deren günstiger Aufnahme im national-liberalen Lager von sich aus die Konsequenzen zu ziehen, und erklären ausdrücklich, daß jede Hoffnung heute nicht auf Erfüllung ruhnen könne, die Konservativen würden von sich aus in ein anderes Verhältnis zur national-liberalen Partei treten. Das ist genau der Standpunkt des

Feinde sehen einweisen selbst die herbeigeeilten Retter ohnmächtig gegenüber. Die Militärbehörden verteilen Guttschneide unter die Verzweifelten, aber nur für einen Bruchteil der Leidenden reichen die Vorräte aus. Ein Regierungsassessor hatte die schwere Aufgabe übernommen, die wenigen Vorräte an Schiffszweifel und rohem Fleisch an die Hungernden zu verteilen. Furchtbare Szenen spielten sich dabei ab. Die Truppen waren außer Stande, die verzweifelte Gier der Halbverhungerten im Zaume zu halten. Sie stürmten die Austeilungsstation; dem Assessor wurde dabei am Arm gebrochen. Die Soldaten hatten die wenigen überlebenden Tiere, ein paar Ochsen, Pferde und Giel, arme verwundete Kreaturen, die meist ohnehin schon im Sterben lagen, requiriert und auf der Stelle getötet. Mit dem Bajonett wurden sie zerlegt, während Truppen mit scharfgeladenen Gewehren die hungernde Menge zurücktrieben. Blutig und noch dampfend wurden die Fleischstücke dann verteilt; da rissen sich zehn gierig gekrümmte Hände um ein kleines Stück dampfenden Speisefleisches, da sah man Leute, die sich auf die Erde warfen, um aus dem Staube herabgefallene Blutropfen aufzufangen. Als ein höherer Beamter eintrifft, geht ihm ein wilder Verzweiflungsruf der Menge entgegen: „Ihr, der ihr die Macht habt, sorgt dafür, daß man uns von hier fortjagt oder laßt uns alle auf der Stelle niederstürzen, um die Qual zu verkürzen.“ Aber nicht der Hunger allein martert die Unglücklichen. Furchtbar wüthet der Sturm und nirgends finden die geschwächten Körper eine Zufluchtstätte oder einen Unterschlupf. Nur im Stationsgebäude sind einige Räume erhalten, in denen Verwundete und Verzweifelte sich zusammenhängen. In der Nacht werden einige leichte Erdhütten neu errichtet, und mit gelenden Schreien verläßt die Schar auch diesen letzten Schutz vor der Wut des Sturmes. Durch das Dunkel klingen knatternde Schritte: Die Truppen schießen auf jeden, der in der Nacht in den Ruinen umherläuft. Grauenvolle Szenen spielen sich ab. Aus den Trümmern klingen jammerndes Stöhnen, das sich mit dem Rauschen der Dunkelheit zu gelenden Silberfäden steigert. Zusammen mit den Feuerwehrlenten eilen die Bürger herbei. Zwischen den Trümmern eines halb zerfallenen Hauses steht man einen Menschen, der stöhnend um Hilfe

karlsruher Korrespondenten des „Schwab. Merkur“, der ebenfalls erklärte, diese an sich wünschenswerte Entwicklung der politischen Verhältnisse Badens müsse der näheren oder ferneren Zukunft überlassen werden. Diesen Standpunkt haben wir überdies so oft in klaren Worten zum Ausdruck gebracht, daß unter nicht böswillig urteilenden Gegnern gar keine Zweifel über unsere Haltung bestehen können. Wir laufen niemandem nach, am wenigsten dem dem Zentrum verschriebenen Konservativen, genau wie wir unsere Parteifreunde stets gewarnt haben, den Sozialdemokraten nachzulaufen. Was wir beabsichtigen und noch beabsichtigen, war und ist, die konservativen auf das verhängliche und Fehlerhafte ihres taktischen Verhaltens recht eindringlich aufmerksam zu machen, sie vor Wader und seinem Zentrum zu warnen und sie von der irtümlichen Vorstellung von der national-liberalen Partei zu kurieren, die Wader in heißem Eifer ihnen beigebracht hat. Wenn sie sich nicht belehren lassen wollen — habeant sibi. Die Kosten dieser verbohrten Taktik tragen sie und nicht die national-liberale Partei.

Französische Jäger.

Unter der Spitzmarke: „Auch ein Stück persönlichen Regiments“ wird den „Münch. N. N.“ aus Baden geschrieben:

Dem französischen Grafen Bourtalès ist bekanntlich der Jagdpap von den badischen Behörden entzogen worden, weil er einen französischen Offizier, dem sogar der Jagdpap verweigert worden war, auf seiner Jagd im Strazburger Festungsgebiet jagen ließ. Der Vorfall hatte mit Recht großes Aufsehen erregt und ist von der gesamten Presse in einer den ausländischen Jägern höchst ungünstigen Weise besprochen worden. Allgemein stimmte man den von den badischen Behörden ergriffenen Maßregeln: der Entziehung des Jagdpapess und der Aufhebung der Jagdpachtverträge des Grafen Bourtalès, rückhaltlos zu. Noch größeres Aufsehen dürfte aber wohl die suchen aus durchaus sicherer Quelle bei uns eingehende Nachricht erregen, daß der Graf Bourtalès seinen Jagdpap wieder erhalten und in Besitze seiner badischen Jagden bleiben wird! Wie man uns mitteilt, hat sich Graf Bourtalès an eine hohe Stelle gewendet, und diese ordnet die Aufhebung der von den Behörden getroffenen Maßregeln an. Trotz des begangenen großen Verstoßes gegen das badische Jagdgesetz und des gößlich mißbrauchten Vertrauens der Behörden (Bourtalès war der einzige Ausländer, der im Festungsgebiet das Jagdrecht hatte) darf der Franzose Bourtalès innerhalb unserer Festungswerke ruhig weiter jagen!

Es dürfte — so fügt das Münchener Blatt hinzu — ansehnlich dieses unglücklichen Verfahrens doch angezeigt sein, darauf hinzuweisen, daß nach den in alle badischen Jagdpachtverträge aufgenommenen Bestimmungen jeder mit dem Verlust des Jagdrechts bedroht wird, der innerhalb, sowie in einem Umkreis von 7 Kilometer außerhalb der Festung einen Ausländer zur Jagd mitnimmt! Diese Bestimmung scheint nur für Deutsche zu gelten! Französische Grafen dürfen auch solche Landstücke zur Jagd im deutschen Festungsgebiet mitnehmen, die gar keinen Jagdpap haben!

Internationale Kriminalistische Vereinigung.

(Eigener Bericht)

S. a. H. Berlin, den 4. Januar 1909.

Unter zahlreicher Beteiligung von hervorragenden Vertretern der kriminalistischen Wissenschaft und der Reichs- und Staatsbehörden trat heute vormittag im Hofsaal des Preussischen Abgeordnetenhauses die Deutsche Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Man sieht den Verhandlungen der Vereinigung mit um so größerem Interesse entgegen, als diese vornehmste Vertretung der juristischen Wissenschaften sich mit einer der einschneidendsten Fragen unserer gesamten öffentlichen Lebens, der Strafrechtsreform, erneut beschäftigen soll. Bekanntlich hat die Vereinigung diese Materie bereits auf den Versammlungen in Frankfurt a. M. und Wien besprochen; es ist damals aber aus formellen Gründen nicht zu einem Beschluß gekommen.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen heute vormittag mit einem Generalreferat über den Entwurf der Strafrechtsreform.

Der erste General-Referent, Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Schröter (Berlin) betonte zunächst, daß eine Reform

heißt. Die Bürger wollen ihn retten; aber schon treten die Feuerwehrcorps dahin, es ist zu gefährlich, in der Dunkelheit an den geborstenen Mauern zu rühren; der Unglückliche muß bleiben, wo er ist; vielleicht, daß man am Morgen ihm helfen kann. Aus der Nachbarschaft tönt schonig das Klagen des einen anderen Halbverstümmelten; es scheint leicht, ihn zu retten, man versucht ihn hervorzuziehen, ein furchtbarer Schmerzensschrei hallt durch die Luft die Mauern geben die jerschmetterten Weine nicht frei. Auch er wird auf den Morgen vertilgt. Überall sieht man so diese Unglücklichen, die das härteste Los aller Betroffenen hat: sie leben noch, doch man muß sie sterben lassen, denn es ist unmöglich, sie zu retten, ohne größeres Uebel damit anzurichten. Hier steht ein hilfloser Greis um Rettung; sum, mit zusammengepreßten Lippen schreiten die Feuerwehrlente weiter. Hilfe ist unmöglich; er muß sterben. Die grausame Notwendigkeit kennt kein Erbarmen, man geht soweit, diesen Unglücklichen keine Nahrung zu geben, um ihren Todeskampf nicht unnütz zu verlängern. Auf dem Marktplatz werden einige Männer bewacht, die verdächtig sind, Leichenträger zu sein. Mit unerbittlicher Strenge wird das Kriegsgesetz durchgeführt. Der größte Teil der Sträflinge aus den Geranganissen ist entlassen, aber Mann um Mann kehren sie wieder, um sich dem erstbesten Carabinier auszuliefern, denn was nützt die Freiheit, wenn sie nichts bedeutet als ein langsames Dahinsterben durch den Hunger. Furchtbare Bilder auf allen Seiten. Hier hängt halb gerichtet zwischen den Gitterstäben eines kleinen Fensters die blutige, schon halbverweirte Leiche einer Frau; dort auf dem Schutt ragt der Körper einer anderen; die Mutterfreuden entgegen und die die Leichen von zwei kleinen Kindern im Lode noch angstvoll an die Brust preßt. Von einem Balken herab hängt mit dem Kopf nach unten der Leichnam eines jungen Mädchens; in der Verzweiflung wollte sie hinabspringen, der Kopf verwickelte sich in Gitter; so hängt sie seit vier Tagen, ein grauenerregender Anblick, halbnaht, die schwarzen Haare im Sturme flatternd. Eine andere Frau wird von herabfallenden Mauern in den Winkel ihres Hauses gepreßt; drei Tage lang steht sie hier hilflos wie im Grobe, unfähig die geringste

unserer Strafrechts in großem Maße nur möglich sei, wenn Strafrecht und Strafrecht einheitlich neu geordnet würden. Die Internationale Kriminalistische Vereinigung habe deshalb, gestützt auf ihrer Tagung in Wien, auf die Vorkommen hingewiesen, die Strafrechtsreform vor der Strafrechtsreform vorweg zu nehmen. Warum die Regierung diese Warnung unbeschadet gelassen und insoweit dabei politische Momente, Rücksichten auf die Parteiverhältnisse eine Rolle gespielt hätten, erziehe sich seiner Kenntnis. Jedenfalls bringe der Entwurf eine so erhebliche Zahl wirklicher Verbesserungen, daß sich die gelegenden Faktoren zu einer einfachen Ablehnung nicht entschließen würden. Es erziehe deshalb auch für die Internationale Kriminalistische Vereinigung als das richtige, sich auf den Boden der realen Verhältnisse zu stellen und daran mitzuarbeiten, daß aus dem Entwurf das unter den gegebenen Verhältnissen erreichbare Beste werde. Die Sachlage sei jetzt eine andere als bei der Tagung in Frankfurt am Main vor zwei Jahren. Damals habe der negative Beschluß genügt, daß die Vorschläge der sogenannten Reformkommission als eine geeignete Grundlage für die Reform nicht erachtet werden könnten. Heute gelte es, positive Arbeit zu tun und diejenigen Punkte des Entwurfes zu bezeichnen, die einer Verbesserung bedürftig wären. Der Referent fährt dann die wesentlichen Veränderungen des Entwurfes gegenüber dem geltenden Gesetz an und weist nach, daß selbst da, wo die Mängel des bisherigen Verfahrens völlig erkannt seien und ihre Beseitigung beabsichtigt werde, der Entwurf vielfach auf halbem Wege stehen bleibe, namentlich bezüglich der Gerichtsorganisation, des Vorverfahrens und des Hauptverfahrens. Insbesondere sei zu wünschen, daß die Ausführung von Schöffengerichten in der Berufungsinstanz erfolge, daß die gerichtliche Voruntersuchung eingeschränkt und ein mündliches Beschwerdverfahren in der Instanz eingeführt werde, unter gleichzeitiger Bestimmung eines Vorsitzers für jeden wegen Verbrechen oder Vergehens Perquisitor. Jedenfalls könne der Entwurf nur als erste Stufe der Reform aufgefaßt werden. Sobald ein neues Strafrecht geschaffen werde, würde die Reform weiter fortzusetzen sein. Der Strafrechtsbilde den Grobmassen für den politischen Sinn des Volkes, daher sei zu wünschen, daß sich das deutsche Volk bei der Reform des Strafrechts hohe Ziele setzen möge. (Lebhafter Beifall).

Korreferent ist Geh. Justizrat Professor v. Liszt-Berlin, der folgendes anspricht: Wir bekümmern uns das lebhafteste, daß von Seiten der verbündeten Regierungen dieser Weg der Reform gewählt wurde und daß man nicht mit der Reform des Strafrechts, sondern der des Strafrechts begonnen hat. Eine Reihe von Schwierigkeiten könnten mit Leichtigkeit gelöst werden, wenn die Sache umgekehrt wäre. Für uns wäre konsequent gewesen zu sagen; wir lehnen den Entwurf ab, wir fordern zunächst eine Reform des Strafgesetzbuches. Denn der Strafrechtsbuche muß in einigen Jahren, wenn das Strafgesetzbuch umgearbeitet wird, noch einmal eine gründliche Umänderung erfahren. Es ist zuzugeben, daß in dem Entwurf eine Reihe von Verbesserungen vorhanden sind. Entscheidend für die große Mehrheit der Mitglieder der Vereinigung bezüglich ihrer Stellungnahme zu dem Entwurf ist die tatsächliche Lage. Die Regierung will etwas schaffen und der Reichstag auch. Wenn wir da nicht mitwachen, schalten wir unseren Einfluß aus. Unsere Zustimmung zu dem Entwurf ist aber nur eine bedingte. Wir betrachten ihn als eine Grundlage für weitere legislative Arbeiten unter folgender Voraussetzung: Wenn von Seiten des Reichstages nicht die Inziehung von Laien für die Berufungsinstanz geschaffen wird, ist der Entwurf für uns unannehmbar; ferner wenn es nicht gelingt, die Hauptverfahren wirklich unabhängig zu machen von den Akten der Voruntersuchung und dem schriftlichen Verfahren. Gegen den § 154, der die Frage des Legalitätsprinzips oder Opportunitätsprinzips regeln soll, erheben sich schwere juristische und politische Bedenken, bezüglich gegen den § 155, der den Begriff des inländischen Rechtsgutes auführt. Wenn zum Beispiel in einer Kolonie von Ausländern in Deutschland durch Vorstellungen etwa durch Nachvorstellungen die Sittlichkeit verletzt wird, ist dann die deutliche oder die ausländische Sittlichkeit verletzt? Es gibt zu wenig, die behaupten, daß die Sittlichkeit ein spezifisch deutsches Rechtsgut sei. (Heiterkeit). In der Form, wie das Opportunitätsprinzip ohne Kontrolle eingeführt wird, ist es für uns unannehmbar. Bei den Bestimmungen über das Verfahren gegen Jugendliche bekümmern wir den Rat der Verlobten des Entwurfes. Das ist eine Tat, die wir dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes danken, wenn wir auch gegen einzelne Paragraphen schwere Bedenken haben. Wir brauchen vor allem dringend ein Spezialgesetz für die Jugendlichen. Wenn schon, wie offiziell

Bewegung zu machen. Ihr Gatte und ihre Kinder waren im Zimmer, das über dem ihren lag. Hilflös eingepfercht in ihrem Versteck spürt die noch Lebende, wie durch die geborstenen Mauerreste über ihr warme Tropfen auf sie herniederrinnen. Es ist Blut, das Blut ihres Gatten und ihrer Kinder. Die wenige Mutter über ihr von den Steinen zerquetscht werden. Die Unglückliche wurde später gerettet. Sie hat den Verstand verloren, ihren Namen vergessen, und in ihrem verwirrten Geiste lebt nur noch die Erinnerung an jenen grausenigen Regen vom Blute ihrer Liebsten. Ein gräßliches Verewigungshaus liegt über der Stadt. Es ist unmöglich, die Tausende von Leichen zu bestatten, und nun ist es, als rächen die Toten sich an den Lebenden dafür, daß niemand ihnen eine letzte Ruhestätte bietet. Als der englische Dampfer „Cypris“ endlich im Hafen eintraf, erreichte die Bergweilung der Überlebenden ihren Höhepunkt. Der Landweg war ihnen abgeschnitten, die Flucht über die See die einzige Rettung; nun lag das Schiff da draußen und der wütende Sturm machte es unmöglich, an Bord zu kommen. Alles drängte zum Gehen, Männer schleppen ihre verwundeten Frauen auf dem Rücken, aber die Wut der Wogen konnte kein Erbarmen und Stundenlang irrt die Menge am Ufer umher den Blick auf das Schiff gerichtet. Als endlich das erste Boot zum Lande kommt, entspinnt sich ein wilder Kampf, es gelingt den Seelenten kaum, das Fahrzeug zu retten, und als endlich die ersten vom Ufer abstoßen, kennt die ohnmächtige Wut der Zurückbleibenden keine Grenzen. C. H.

— Wilbur Wrights Pläne. Aus Paris wird uns berichtet Wilbur Wright hat seine Experimente in Frankreich nunmehr abgeschlossen. Er begibt sich zunächst nach Pau, um dort einen Monat lang seinen Schülern Unterricht zu erteilen. Wilbur lehrte er nach Amerika zurück, um dort die offiziellen Proben abzulegen, die seinerzeit durch den unglücklichen Sturz seines Bruders Dröille abgebrochen werden mußten. Von dem Verlaufe dieser Versuche wird es abhängen, ob die Regierung der Vereinigten Staaten die Wrightsche Flugmaschine für Amerika ankauft. Im Frühjahr wird Wilbur Wright, voraussichtlich zusammen mit seinem Bruder Orville, nach Frankreich zurückkehren, um dort die Fertigung seines neuen Aeroplans zu überwachen.

angekündigt, eine Novelle zum Strafgesetzbuch in bezug auf die Strafen für Verleumdungen und die Beschränkung des Wahrheitsbeweises eingebracht werden soll, warum wird nicht auch ein solches Gesetz verlangt, das im Reichstage glatt durchgehen würde. Ganz vernünftig ist die Definition der Jugendlichen. Vor allem möchte, falls zu einem Spezialgesetz für Jugendliche kommt, dafür gesorgt werden, daß das, was wir Jugendgerichte nennen, auch wirklich eingeführt wird, und daß vor allen Dingen die Volksschullehrer, die doch 93 Prozent der gesamten Lehrerschaft ausmachen, die Befähigung erhalten, als Schöffe bei Jugendgerichten zu fungieren. (Lebhafter Beifall).

In der Diskussion ergriff zunächst Oberbürgermeister Uldes (Frankfurt a. M.) das Wort, der die Strafprozeßreform vom Standpunkt des Richters aus behandelte. Der Zusammenhang der Strafprozeßreform mit der politischen Lage sei unverkennbar. Die Referate der beiden Referenten waren getränkt mit einer harten Dosis wehmütiger Resignation. Im allgemeinen trete die Stimmung zu tage: Es soll endlich einmal etwas fertig gemacht werden. Man kann glauben, daß uns mit dem Entwurf ein *Quintessenz* des intellektuell Zergeworrenen die allgemeine Lage ist folgende: Die Finanzlage ist gegenwärtig die, welche das deutsche Volk am meisten beschäftigt. Alles andere tritt zurück solange diese große Frage der Zukunft des deutschen Reiches nicht gelöst ist. Ich bin der Meinung, daß unser ganzes politisches Leben augenblicklich von zwiespältigen Empfindungen erfüllt ist. Wir haben das Gefühl: Es muß eine große Reform kommen in Bezug auf die ganze Organisation und Vereinfachung der Verwaltung. Der Reichsanwalt hat es ja ausgesprochen, daß der Gesichtspunkt zur Geltung kommen muß, daß nicht das von höhergestellten Beamten getan werden soll, was untergeordnete Organe ausführen können. Das gilt auch für die Justizverwaltung. Wie soll nun unser Beamtenrat den Anforderungen der Gegenwart entsprechend umgestaltet werden? Die Frage ist vor 100 Jahren bereits von dem Staatsmann Stein angeschnitten worden. Die Frage, wie unsere Gerichte vereinfacht werden können, ist von elementarster Bedeutung für unser Volk, weil der größte Teil unserer Staats- und Verwaltungsbeamten eine juristische Schule durchgemacht hat. Wir sehen sie für eine sehr schwierige Frage an und ich glaube, die allgemeine Stimmung ist da für eine solche Reform. Aber es fehlt an einem einheitlichen Willen, sie durchzuführen. Man scheut sich, die großen Jalousien, die sofort auf dem Plane erscheinen, wirklich energisch zu bekämpfen. Man hat nicht den Mut, wirklich so durchzugreifen, wie es bei solchen Aufgaben geschehen muß. Für eine gute Justiz kann aber keine Gestalt mehr zu hoch sein. Wenn man sparen wollte, würde man eine Justiz erhalten, die den notwendigen Anforderungen der Allgemeinheit nicht entspricht. Eine ganz andere Frage ist es aber, ob das Geld da ausgegeben werden soll, wo es für die Güte der Justiz nicht gebraucht wird. Der Redner wendet sich dann zu dem Thema der großen Schöffengerichte. Die Frage ist berechtigt: Hat ein Richter in hoher Stellung eine einflussreichere und wirksamere Stellung als zwei in niedriger? Es wäre erstrebenswert, stürze vorzuschreiben, daß als Vorsitzender nur fungieren darf ein Direktor oder Richter in ähnlicher Stellung. Der Gesichtspunkt der Befreiung des Richters von allen Arbeiten, die untergeordnete Organe ausführen können, ist in dem Entwurf nicht berücksichtigt. Ich bin der Meinung des konservativen Professors Stein, daß die Befreiung des Richters von überflüssigem Schreibwerk der Anfang aller Reform sein muß. Im übrigen enthält der Entwurf noch viel Schematismus und Formalismus. Dies bezieht sich namentlich auf die Bestimmungen über die Berufung, die im Entwurf ganz gleichmäßig eingeführt ist, ohne Rücksicht auf das Vorverfahren. Man muß sich fragen, ob die vollständig freie Berufung in diesem Umfang nötig ist. Wenn z. B. die Frage der Gültigkeit einer Polizeiverordnung geprüft werden soll, wozu ist es dann notwendig, das in der Berufungsinstanz zu tun. Es ist eine Erschütterung des Rechtsbewußtseins, wenn der Angeklagte ein neues Verfahren herbeiführen kann mit dem Resultat, daß die Strafe eventuell von 10 Mark auf 6 Mark herabgesetzt wird. Auch in Bezug auf die Strafmaßung bietet der Entwurf reichlich viel Formalismus und Schematismus. Der Wertung mit den Strafmaßungsgründen, sei eine Chimäre. Zu begründen wäre es, wenn die Möglichkeit einer Verurteilung wegen der Strafmaßung beseitigt werden würde. Die Entscheidung über den Entwurf werde wahrscheinlich aus politischen Gesichtspunkten erfolgen, in der Stunde der Dämmerung werde das Opfer des Intellekts gebracht werden. Wir kommen aber nicht darum herum, wir müssen aus dem Beamtenrat heraus in einen Staat, in dem die Beamten nicht mehr die Präponderanz haben wie bisher. (Lebhafter Beifall).

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 5. Januar 1909.

Vollversammlung der Handwerkskammer Mannheim.

Im Sitzungssaal der Handwerkskammer Mannheim fand heute vormittag eine Vollversammlung statt, welche kurz nach 10 Uhr durch den Vorsitzenden, Herrn Stadtrat Daniel Groß, mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet wurde. Redner hielt insbesondere den Regierungskommissar, Herrn Amtmann Dr. Veitold, willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß das neue Jahr für das Handwerk ein jugendreiches sein und die Handwerkskammer in ihren Bestrebungen vorwärts bringen möge, damit man dem Ziele, das sich die Handwerkskammern gesetzt hätten, immer näher komme.

Nach Feststellung der Präsenz wurden vom Kammersekretär Herr Haußer, die Protokolle der seit der letzten Vollversammlung stattgefundenen Vorstandssitzungen verlesen. Die Protokolle gaben zu keinen besonderen Bemerkungen Anlaß. Erwähnenswert ist nur, daß Kammermitglied Deldorff-Heidelberg gegenüber dem Erziehen einer Meisterprüfungskommission um Aufsetzung eines Fragebogens für die mündliche Prüfung unter Zustimmung der Kammer den Standpunkt vertrat, daß ein solcher Fragebogen nicht zweckmäßig sei. Es könnte vorkommen, daß sich die Prüflinge den Fragebogen verschaffen und die Antworten auswendig lernten. Damit wäre der Prüfungskommission, die aus sich heraus die Fragen stellen müsse, nicht geholfen. Der Kammersekretär konstatierte, daß der Vorstand die gleiche Auffassung vertritt. Nach seinen Erfahrungen sei die Fragestellung bei den Prüfungen durchaus zufriedenstellend ausgefallen. Kammermitglied Schneider-Mannheim hält es nicht für opportun, sich prinzipiell gegen die Gründung von Zwangsinnungen auf dem Lande auszusprechen. Kammermitglied Helfrich-Heidelberg bestreitet, daß der Kammervorstand prinzipiell gegen die Gründung von Zwangsinnungen sei. Es würde von Fall zu Fall entschieden. Kammermitglied Veitold-Mannheim stellt fest, daß auf dem Lande die Zwangsinnung verlangt werde, um der Preisrückläufe innerhalb des betr. Gewerbezweigs ein Ende zu machen. Einer freien

Vereinigung gebe er allerdings vor der Zwangsinnung den Vorzug, wenn die letztere nicht notwendig sei. Kammermitglied Schneider hat den Eindruck, daß im Vorstand eine gewisse Antipathie gegen die Zwangsinnung vorhanden sei.

Kammersekretär Haußer erstattet alsdann den Tätigkeitsbericht des Vorstandes, dem wir folgendes entnehmen:

Seit der letzten Vollversammlung, die am 18. August 1908 stattgefunden hat, wurden 4 Vorstandssitzungen und 1 gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses für das Lehrlingswesen abgehalten. Ferner war die Kammer beim Deutschen Handwerks- und Gewerbeinnertage in Breslau, bei der Konferenz der badischen Kammern in Offenbach, sowie bei den Gasttagen der Gewerbe- und Handwerksvereinigungen des Tauberglandes in Vogberg, des Neckargaus in Hildesheim, des Oberpfalzgaues in Wiesloch, des Elsenzgaues in Neckardischhofheim und bei einer großen Zahl von Bezirks- und Vereinsversammlungen vertreten. In der Regel wurden bei diesen Versammlungen durch das Sekretariat Referate erstattet, besonders auch über die Abänderung der Gewerbeordnung vom 30. Mai 1908 betr. den sogenannten Kleinen Befähigungsnachweis. Bei der Durchführung dieser Bestimmungen war die Kammer vielfach in Anspruch genommen. In den Meisterprüfungen 1909 haben sich bis jetzt 73 Kandidaten gemeldet. Sie finden im Februar und März statt. An den Spätherbstgesprächen haben sich 84 Lehrlinge mit Erfolg beteiligt; im Frühjahr 715, zusammen also 799. Vorbereitungskurse für die Meisterprüfungen bezw. Buchführungskurse etc. finden zurzeit statt; an den Gewerbeschulen in Heidelberg und Rosbach je 2 Kurse und an den Gewerbeschulen in Eberbach, Mannheim, Schwellingen und Taubersischhofheim und dem Gewerbeverein in Höffingen je 1 Kurs. Für die Wahlen zum neugebildeten Wasserwirtschaftsrat wurde auf Anregung der Kammer Karlsruhe mit dieser ein Nebereinkommen dahin getroffen, daß für die Wahl Karlsruhe das Mitglied und Mannheim den Ersten bestimmt, während bei der nächsten Wahlperiode umgekehrt verfahren wird. Infolge dieser Vereinbarung wurden die Herren Holmermeister Jenzmann in Straßburg als Mitglied und der Vorsitzende, Herr Stadtrat D. Groß als Ersatzmann in den Wasserwirtschaftsrat gewählt. Der neu gegründeten Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung ist die Kammer als korporatives Mitglied beigetreten. Für die Vereinigung der Drehtücher nach der Richtung hin, daß nur solche Gewerbetreibende und Handwerker in den Berufsgruppen als Meister bezeichnet werden, die auch nach den gesetzlichen Bestimmungen berechtigt sind, diesen Titel zu führen, wurde auf Wunsch gewerblicher Vereinigungen das Nötige veranlaßt. Infolge eines von der Kammer gestellten Antrages wurde im Prinzip beschlossen, die Frage wegen Verleihung von Ehrenurkunden an Arbeiter nach einer bestimmten Dienstzeit im gleichen Betrieb, aber auch an Handwerksmeister bei besonderen Veranlassungen näher zu treten. Zahlreiche Eingaben und Beschwerden wegen Vergütung von Arbeiten wurden an die zuständigen Ämter und Behörden mit entsprechender Begründung weitergeleitet. Sehr erheblich war die gütliche Tätigkeit. Das Statut für das zu errichtende Sachverständigeninstitut wurde dem Dr. Ministerium des Innern zur Genehmigung vorgelegt. Zum Schluß soll unter Bezugnahme auf eine Bemerkung in einer Heidelberger Versammlung noch festgestellt werden, daß die Kammer zur Gründung einer badischen Landeshypothekenbank überhaupt noch keine Stellung genommen, sondern sich i. H. nur gegen das Freiburger Projekt ausgesprochen hat. Die Bemerkungen bei jener Versammlung in Heidelberg und die daran geknüpften Äußerungen in der Presse sind also unrichtig.

Der Tätigkeitsbericht gibt zu keinen Bemerkungen Anlaß. Bericht über den Deutschen Handwerks- und Gewerbeinnertag in Breslau.

Kammersekretär Haußer, der den Bericht erstattet, berichtet sich insolge des Umstandes, daß über die Verhandlungen ausführlich in der Fach- und Tagespresse referiert wurde, in Kürze nur über die Ergebnisse der Tagung. Mit besonderer Befriedigung konstatierte der Redner als Ergebnis der Verhandlungen, daß namentlich gegen das Vorgangswesen einheitlich systematisch vorgegangen werden soll. Die Handwerkskammer Mannheim hat in dieser Angelegenheit bereits in Rundschreiben herausgegeben, in welchem die Handwerker aufgefordert werden, in ihrer Rechnung den Vermerk zu machen, daß nach einer Auforderung der Handwerkskammer für sie die Pflicht bestehe, bei jeder Lieferung, spätestens aber monatlich (vierteljährlich) Rechnung auszuscheiden. Die Bedingungen sind folgende: 1. Bei Zahlung innerhalb eines Monats nach Zustellung der Rechnung 2 (bis 4) Prozent Skonto; 2. Auf Mahnung treten 4 Prozent Zinsen hinzu (§ 288 B.G.B.); 3. Reklamationen müssen innerhalb 14 Tagen erfolgen; 4. Durch Annahme der Rechnung erklärt sich der Käufer mit diesen Bedingungen einverstanden. Eine besondere Bekanntmachung der Handwerkskammer in dieser wichtigen Angelegenheit ist im lokalen Teil weiter unten abgedruckt.

In der Diskussion über den Referat wurde über den Begriff „Handwerk“ u. „Fabrik“ debattiert. Die allgemeine Meinung ging dahin, daß ein Betrieb, der nur einen Motor besitze, der Fabrikinspektion unterliefe. Kammermitglied König-Mannheim stellt fest, daß die Fabrikinspektion zu jammergehörigen Verordnungen verführe. Die Handwerkskammer sollte bei der Fabrikinspektion unterstehenden Betrieben zur Wiederholung derjenigen Maßnahmen verschaffen, die nur für den Großbetrieb päßten. Insbesondere die Bestimmungen über das Lehrlingswesen seien zu scharf und zu schwer durchführbar. Haußer jr. stellt an einem Fall fest, daß die Bestimmungen über das Lehrlingswesen die richtige Auslegung erfahren, wenn man sich bei bezirksamtliche Strafen nicht gefällen läßt, wenn man sich im Recht fühlt. Kammermitglied Veitold-Mannheim beschränkt sich ebenfalls über das Vorgehen der Fabrikinspektion gegen die Handwerker. Kammermitglied Koch-Heidelberg meint, die Handwerker würden zur Unwahrscheinlichkeit erzogen, wenn sie zur Einhaltung der Kontrollvorschriften gezwungen würden. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird beschlossen, den Gegenstand auf die Tagesordnung einer der nächsten Vollversammlungen zu legen.

Bericht über die Konferenz der badischen Handwerkskammern in Offenbach.

Kammersekretär Haußer berichtete ebenfalls darüber in Kürze.

Beratung des Entwurfs eines Arbeitskammergesetzes.

Haußer jr., der über diesen Punkt referierte, wies darauf hin, daß diese Materie die Kammer bereits in einer der letzten Sitzungen beschäftigt, daß aber damals der Entwurf aus schwerwiegenden Bedenken abgelehnt wurde. Der neue Entwurf unterscheidet sich von seinem Vorgänger nur dadurch, daß die Vermögensgesellschaften ausgenommen sind und das Handwerk einbezogen sei. Grundätzlich festgehalten habe die neue Vorlage an der Prinzip, der Kammer habe deshalb beschlossen, die Vorlage abzulehnen und

die man nach wie vor strikte ablehnen müsse. Der Vorstand bitte, sich dieser Ablehnung anzuschließen, weil man keinen Grund habe, von dem bisherigen prinzipiell ablehnenden Standpunkt abzugehen.

Kammermitglied Nikolaus-Mannheim schließt sich der Ansicht des Vorstandes an, weil man immer noch auf dem Standpunkt stehe, daß man nur reine Arbeiterkammern wolle. In der darauffolgenden Abstimmung wird der Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen.

Beratung des Entwurfs eines Gas- und Elektrizitätssteuer-Gesetzes.

Kammermitglied Deldorff-Heidelberg stellt sich in seinem Referat über die Frage auf den Standpunkt der katastrophischen Ausschüttung der badischen Handwerkskammern, in der entschieden gegen den Entwurf Stellung genommen wurde. Redner schlägt die Annahme folgender Resolution vor:

„Das organisierte Handwerk und Gewerbe in Baden erkennt in der geplanten Gas- und Elektrizitätssteuer eine neue und erhebliche Belastung des gewerblichen Mittelstandes. Es ist sich seiner nationalen Pflicht, bei der Reichsfinanzreform mitzuwirken wohl bewußt und auch bereit, Opfer zu bringen, soweit es dessen Leistungsfähigkeit gestattet. Die Steuer auf Gas und Elektrizität für motorische Kraft betrifft aber die Produktion. Diese ist aber beim Kleinbetrieb schon wesentlich teurer, weil der Großbetrieb meist Dampf- oder Wasserkraft verwendet, die im Betrieb wesentlich billiger ist als jede andere Kraft. Der Unterschied in den Betriebskosten zu Ungunsten des Kleinbetriebs wird durch die geplante Steuer noch größer, da die Dampf- und Wasserkraft von der Steuer nicht getroffen wird. Die Elektrizitätssteuer auf Elektrizität für motorische Kraft trifft Handwerk und Gewerbe aber auch härter als die größeren Betriebe, weil bei Bezug von elektrischer Kraft von Elektrizitätswerken die Elektrizität in dem Maße billiger berechnet wird, als die Stromabnahme zunimmt. Aus den angeführten Gründen erhebt Handwerk und Gewerbe in Baden Einspruch gegen die Einführung einer Gas- und Elektrizitätssteuer für motorische Kraft, soweit sie das Kleinergewerbe betrifft.“

Die Kammermitglieder Nikolaus und König-Mannheim ersuchen ebenfalls, sich der Resolution anzuschließen. Der letztere Redner meint, man müsse die Vorlage schon ablehnen, um nicht noch einen weiteren Kontrollleur zu bekommen. In der darauffolgenden Abstimmung wird die Resolution einstimmig angenommen.

Die Einschränkung der Vergünstigungen für die Ausfuhr von Getreide.

Diese wichtige Angelegenheit hat bereits die letzte Vollversammlung beschäftigt. Es wurde damals beschlossen, den hiesigen Delegierten zu empfehlen, auf dem deutschen Handels- und Gewerbeinnertage in Breslau für einen Antrag der Gewerbeinnertage Dresden zu stimmen, durch den Bundesrat und Reichstag ersucht werden: „1. Die vollstren Einfuhrscheine in ihrer Verwendbarkeit dahin zu beschränken, daß sie nur bei der Einfuhr der Getreideart, bei deren Ausfuhr in gemächlichem oder ungünstigen Zustande sie erteilt worden sind, zur Anrechnung gebracht werden dürfen, und daß die Zeit ihrer Gültigkeit von sechs auf drei Monate herabgesetzt wird, sowie 2. die Ausnahmetarife, die auf deutschen Eisenbahnen für auszuführendes Getreide bestehen, aufzuheben, damit die Getreide- und Brotpreise auf ein vernünftiges Maß herabgemindert werden bezw. ein weiteres Steigen derselben verhindert wird.“ Dieser Antrag wurde in Breslau mit 45 gegen 22 Stimmen abgelehnt, dagegen folgender Fomburger Antrag Stein-Ulm angenommen: „Der 9. deutsche Handels- und Gewerbeinnertag wolle beschließen: Der Ausschuss wird beauftragt, mit den inbetrofften kommenden gewerblichen Interessengruppen in Verbindung zu treten, um die Frage der Beschränkung der Einfuhrscheine und der Ausnahmetarife sowie die damit im Zusammenhang stehende Frage der verschiedenen Tarifierung von Getreide und Mehl und der Mühlenumschlagsteuer einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.“ Auf ein Rundschreiben, das der Ausschuss des deutschen Handels- und Gewerbeinnertages infolge des Breslauer Beschlusses erließ und das dem Obermeister der hiesigen Wäckerinnung, Schneider, zur gütlichen Äußerung übersandt wurde, ging vom Innungs Vorstand die Antwort ein, daß er einstimmig der Ansicht sei, daß der Identitätsnachweis eingeführt und die Ausnahmetarife aufgehoben werden müßten. Die Aufgabe der Kammer sei es nicht, einen Beschluß zu fassen, sondern ein Gutachten an den Innertag zu erstatten. Er schlägt deshalb vor, eine Spezialkommission zur Beratung der außerordentlich wichtigen Frage zu ernennen.

Kammermitglied Schneider-Mannheim vertritt nochmals den Standpunkt der Mannheimer Wäckerinnung. In der darauffolgenden Abstimmung wird der Vorstoß des Vorstandes einstimmig angenommen und in die Kommission die Kammermitglieder Schneider und Kees und der Vorsitzende der Müllerinnung des Kreises Weilsheim gewählt.

Aufstellung und Genehmigung der Vorschlagsliste für die Meisterprüfungskommissionen.

Die vom Vorstande aufgestellte Vorschlagsliste wird nach längerer Diskussion mit zwei Veränderungen genehmigt. **Genehmigung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1909/10.**

Nach kurzer Erläuterung des Kammersekretärs Haußer wird der Haushaltsplan, der wie im Vorjahre mit 22900 Mark in Einnahmen und Ausgaben abschließt, einstimmig angenommen.

Anträge und Eingaben.

Kammermitglied Koch-Heidelberg begründet eingehend eine Eingabe des Bezirksverbands Baden-Pfalz des deutschen Fleischerverbandes auf Verweigerung der Hausfleischungen in die öffentlichen Schlachthäuser und Abhängigmachung der Privatschlachtungen von der Forderung, daß der Hauschlächter das Gefleisch gemaht haben muß. Die Hausfleischungen hätten überhaupt genommen. Dadurch, daß die Hausfleischungen der Fleischerbeson nicht unterliegen, würden sie gegen die öffentlichen Schlachtungen benachteiligt. Aber auch in gesundheitlicher Beziehung bildeten die Hausfleischungen eine Gefahr für das Publikum, weil die Kontrolle fehle. Auch die Art und Weise der Hausfleischungen gebe vielfach zu Bedenken Anlaß. Die Hausbeleger wären oft ungelernete Leute. Weiter wendet sich der Redner gegen die geplante Aenderung des § 70 der Gewerbeordnung, durch die der Verkauf nach Lebendgewicht auf den Viehmärkten eingeführt werden solle. Es liege absolut kein Grund vor, eine Aenderung der Viehmärktenordnung eintreten zu lassen. Man habe geordnete Viehmärkte in Baden. Doch die Art und Weise, wie jetzt der Verkauf zustande komme, die richtige sei, gebe daraus hervor, daß fast kein Prozen durch den Handel auf den Viehmärkten hervorgebracht werde. Die Notierung nach Lebendgewicht würde eine vollständige Irreführung des Publikums herbeiführen. Auch die Landwirtschaft hätte keinen Vorteil davon,

Wenn sie die Notierung erst mit Tage später bekomme. Auch eine Erhöhung der Vieh- und Fleischpreise sei durch die Notierung noch Lebensgewicht zu befürchten. Er bitte deshalb die Handwerkskammer, die Angaben zu unterläßen.

Kammermitglied Aapf-Bertheim ersucht, die Angelegenheit dem Vorstand als Material zu überweisen, weil der Kammer nicht zugemutet werden könne, daß sie in einer so schwierigen Frage einen Beschluß fass.

Kammermitglied Thuroch-Handschuhsheim ist bezügl. der Hauschlachtungen anderer Ansicht, als der Referent. Daß die Hausmägde nicht richtig schlachten könnten, sei wohl auch nicht zutreffend. Er halte die Angst des Kammermitglieds noch vor den nachteiligen Folgen der Hausmägde für unbegründet. Er möchte die Hauschlachtungen nicht beeinträchtigt wissen, schon mit Rücksicht auf den Handwerker in den Landorten und in den Vororten der Städte. Kammermitglied Koch erwirbt dem Vorredner, die es endlich mürben, brachten den Schlachthauszwang nicht zu fürchten. Als Beweis dafür, daß seine Forderung berechtigt sei, fühe er an, daß verschiedene kleinere Stadtgemeinden die Hauschlachtungen ins Schlachthaus verwiesen haben. Vorsitzender Stadtrat Groy bemerkt, die Ausführungen Thuroch hätten für eine Generalbünderverammlung, aber nicht für eine Körperbesitzung von Handwerklern gedah. Man könne verlangen, daß bei der Handwerkskammer die berechtigten Wünsche der Metzger ebenso berücksichtigt würden, wie diejenigen anderer Handwerkszweige.

Verchiedenes.

Bei Punkt „Verschiedenes“ führte Kammermitglied Neeg-Heidelberg lebhaft Klage über die Vergebung der Bäckwarenlieferung für das Heidelberger Akademische Krankenhaus. Die Heidelberger Bäckervereinigung hätte trotz aller Bemühungen die Lieferung nicht erhalten, weil der dafür in Betracht kommende Bäckereibetrieb ein anderes Standquartier als die Innung habe. Bei einem derartigen Vorhalten einflussreicher Organe nützten alle Bestrebungen der Handwerker auf Verbesserung ihrer Lage nichts. Er bitte die Kammer, die Heidelberger Innung in ihren weiteren Schritten in der Angelegenheit zu unterstützen. Kammersekretär Hausler bemerkt, die Handwerkskammer habe mit Bekannern von der Angelegenheit Kenntnis genommen und sei bereit, die Wünsche der Bäckervereinigung in Heidelberg nach Möglichkeit zu verwirklichen. Kammermitglied Spengler-Kaltheim ersucht, dem Hausierhandel erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und alles hervorzuföhren, was zu dessen Bekämpfung geeignet ist. Kammersekretär Hausler stellt fest, daß die Handwerkskammer selber immer alle Bestrebungen, die auf die Bekämpfung des Hausierhandels abzielen, unterstützt habe. Kammermitglied Koch bemerkt zu der von Kammermitglied Neeg besprochenen Angelegenheit, es fehle an der Einwirkung von oben herunter. Wenn die ausführenden Organe eine entsprechende Stellung bekämen, wäre bald Wandel geschaffen. Es wäre notwendig, daß die Handwerkskammern ihren ganzen Einfluß dahin geltend machten, daß, wenn irgend möglich, den gewerblichen Vereinigungen die Lieferungen zugewiesen würden. Es sei erwiesen, daß die Vereinigungen einen ganz besonderen Stolz darauf setzen, durch gute Lieferungen das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Die Konkurrenz setze schon voraus, daß nicht zu viel verlangt werde. Er ersucht, die Innung Neeg zu unterstützen. Kammermitglied Schneider-Mannheim stellt fest, daß es auch der Mannheimer Bäckervereinigung bis jetzt nicht gelungen sei, die Lieferung für das hiesige Krankenhaus zu erhalten.

Damit ist um 1/3 Uhr die Tagesordnung erschöpft. Es folgt noch eine nichtöffentliche Sitzung.

gestiegen. Der Dieb hatte leichtes Spiel, die Schlüssel zu sämtlichen Behältnissen hatten und einen Referateschlüssel zu dem Kassenfach. Die Beschlagnahme der Kommode geschah demnach unangesehen. Das Schlossschloß Brennings schloß unmittelbar an sein Bureau, er will aber nicht, daß geringste Geräusch gehört haben. Da das erbrochene Fenster nach hinten liegt, muß der Dieb seinen Weg durch die Gärten genommen haben.

Konkursverfahren. Der Konkurs über den Nachlaß des 4. Schuhmachermehlers Fridolin Strittmeyer wurde aufgehoben, da keine Ueberwindung vorliegt.

Band für Mutterhaus Mannheim G. B. Für seinen zweiten großen Propaganda-Vortrag in diesem Winter hat der Bund für Mutterhaus Marie Vishnewska (Berlin) als Rednerin gewonnen. Die weitere Ausgestaltung des praktischen Mutterhauses lautet das Thema des Vortrages. Auf dem Gebiete der Mütter- und Kinderfürsorge eine eifrige Arbeiterin, gilt ihre propagandistische Tätigkeit doch in erster Linie dem Gedanken, den Staat zu einem feineren und wirksameren Schutze ehelicher und unehelicher Mütter heranzuföhren durch eine staatliche Mütterkassenversicherung, eine veränderte Ehegesetzgebung und durch eine bessere Stellung unehelicher Mütter und Kinder. Will es auch für die rein praktische Arbeit der Fürsorge für Mütter in erster Linie Frauen zu werden, so dürfte der Vortrag doch auch das Interesse von Sozialpolitikern aller Richtungen finden. Der Vortrag findet Freitag den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Loge Karl zur Eintracht (L. S. 6) statt.

Aus dem Großherzogtum.

Sandhausen, 5. Jan. Die schon seit mehreren Jahrzehnten hier bestehende Filiale der Zigarrenfabrik Gebrüder Jacobi in Mannheim ist vergangene Nacht total abgebrannt. Durch im Orte freilebende Kohlenlokalitäten ist es möglich, den Betrieb in aller Kürze wieder aufzunehmen, was im Interesse der großen Zahl von Arbeitern sehr zu begrüßen ist.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Ludwigshafen, 4. Jan. Zwischen den Ärzten und der Ortskrankenkasse hatten Verhandlungen wegen neuer Vertragsbedingungen (Erhöhung des Honorars) stattgefunden. Da bis jetzt noch keine Einigung erzielt wurde, hat der Arztverein, wie man der „P.“ mitteilt, die Ortskrankenkasse davon in Kenntnis gesetzt, daß vom 1. Januar ab die Mitglieder der Kasse nur nach Grund der Mindestsätze der bayerischen Gebühreordnung behandelt werden. Die vom Arztverein verhängte Sperre über die Ortskrankenkasse bleibt bestehen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Darmstadt, 5. Jan. Der Großherzog ernannte den ordentlichen Professor an der medizinischen Fakultät der Landesuniversität Gießen, Dr. Hans Strahl für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1909 zum Rektor der Landesuniversität Gießen.

Stuttgart, 5. Jan. Der König und die Königin haben für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Sizilien einen Betrag von 3000 Mark bewilligt.

Leipzig, 5. Jan. Vor dem neuen Rathaus versammelten sich gegen 12 Uhr etwa 200 Arbeitslose, durch welche eine Deputation an den Oberbürgermeister Dr. Dietrich entsandt wurde, mit der Bitte um Beschäftigung und Arbeit. Dr. Dietrich erklärte lt. „Frankf. Ztg.“, daß in den nächsten Tagen Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden sollen, durch welche einigen Hundert Arbeitslosen Beschäftigung gewährt werden wird.

Berlin, 5. Jan. Der Kaiser begab sich heute mittags mit dem Automobil nach Hurlersdorf, wo er einige Tage zu verweilen gedenkt. Die Kaiserin kehrte heute nachmittag nach dem Neuen Palais zurück.

Hamburg, 5. Jan. Die Hamburger Polizei verbot lt. „Frankf. Ztg.“ den öffentlichen Zeitungshändlern den Verkauf von Schmutz- und Schundliteratur, darunter auch den Simplicissimus.

Kom, 5. Jan. Der preussische Gesandte beim heiligen Stuhle Dr. v. Rühlberg überreichte dem Papst 1000 Lire als Beitrag für die durch das Erdbeben Verunglückten.

Stockholm, 5. Jan. Die Königin reist heute über Kopenhagen, Frankfurt nach Karlsruhe. Von da aus wird sie laut „Frankf. Ztg.“ nach dem Süden weiter reisen.

Petersburg, 5. Jan. Die Polizei verhaftete einen jungen Menschen, der, wie nunmehr festgestellt ist, das im Cafe Zentral explodierende Gefäß gebracht hat.

Sarajewo, 5. Jan. Die Regierung des Belgrader „Politika“, die hierreichende Regierung beschlossene, den moslemischen Frauen das Schleiertragen zu verbieten und eine Reform in der türkischen Ehegesetzgebung durchzuführen, ist eine Erfindung, die jeder Begründung entbehrt und den Propagandisten, die mohamedanische Bevölkerung in Bosnien aufzuregen. Eine solche Absicht hatte die Regierung niemals im Sinn. Die Religion, Sitten und Gebräuche Bosniens und der Herzegowina sollen wie bisher auch weiterhin unangeführt bleiben.

New-York, 5. Jan. Der Anatomieprofessor, Gehheimer Regierungsrat, Direktor des geographischen Institutes, sowie des Waldums für Rezeresunde, Dr. Benet, wurde zum Ehrenmitglied der Columbia-Universität ernannt.

Hessen für die Lichtsteuer.

Darmstadt, 5. Jan. In der Zweiten Kammer richteten Abg. Lagenbacher und Gen. eine Anfrage an die Regierung bezüglich ihrer Stellungnahme zur Gas- und Elektrizitätssteuer im Bundesrat. Staatsminister Ewald führte aus: Obgleich die Absicht, die Produktionsmittel einseitig mit einer Steuer zu belegen, grundsätzlich bedenklich erscheint, so nötigte doch das unabsehbare Bedürfnis des Reiches nach Erschließung neuer Steuerquellen und der völlige Mangel an geeignetem Ersatz, den Vorschlag einer Gas- und Elektrizitätssteuer nicht von der Hand zu weisen.

Zugunsten dieser Steuer spreche ferner die verhältnismäßig niedrige Belastung des einzelnen, für die sich wieder ein Ausgleich finden lasse. Insbesondere war zu berücksichtigen, daß von den den vorge schlagenen Verbrauchssteuern die hier in Rede stehenden am meisten die Erwartung erfüllen werden, Ertragnisse zu liefern und zur Erfüllung der Aufgabe wechsl. Gebrauch der Reichsfinanzen beizutragen. Schließlich mußte inbetracht gezogen werden, daß bei dieser Steuer im Gegensatz zur Weinstener besondere Interessen des Großherzogtums nicht in Frage kommen. Deshalb habe die Regierung im Bundesrat für den Entwurf einer Gas- und Elektrizitätssteuer gestimmt.

Von der Laurahütte.

Breslau, 5. Jan. Die Laurahütte baut in diesem Jahr nach oberschlesischen Blättern ihr Cosnower Werk noch um, insbesondere reißt sie das Rohwalzwerk ab und ersetzt es durch ein technisch vollkommenes.

Castro.

Berlin, 5. Jan. Ueber das Befinden des früheren Präsidenten Castro nach seiner schweren Operation äußerte sich Prof. Israel darin, daß es den Umständen entsprechend befriedigend sei.

Frankreich richtet sich in Marokko ein.

Paris, 5. Jan. Die „Humanité“ behauptet, daß General Lyautey mit stillschweigender oder offener Zustimmung der Regierung und wahrscheinlich ohne Wissen des Generalgouverneurs von Algerien, Romart, und des Generalen Regnault unter dem Vorwand, die Grenze zu schützen, 80 Kilometer von dem bereits auf marokkanischem Gebiete gelegenen Ca Denb einen Militärposten in Tlat el eingerrichtet habe. Unter demselben Vorwand habe er Kasbach El Kjun westlich von dem Beni Snassen-Gebiete besetzt. General Lyautey bringe häufig immer weiter in Marokko vor. Vor einiger Zeit sei er bis Kasbach El Maghzen vorgerückt, etwa 150 Kilometer von Fez, und er beabsichtige, sich dort zu befestigen. In einem Gebiete, das etwa ein Viertel Marokkos umfasse, wolle Lyautey nach algerischem Muster ein ganzes Netz von Militärposten errichten. Die „Humanité“ erhebt entschiedene Einsprüche gegen diese für den europäisches Frieden so gefährliche Westeuropäerpolitik.

Juan Shi Kai.

London, 5. Jan. „Morning Post“ meldet aus Schanghai: daß Juan Shi Kai heimlich verlassen und in Kienlin angekommen sei. Er soll entzogen dem Befehl, sich nach Honan zu begeben, die Absicht haben, England aufzusuchen. Seine Parteigänger, die Bischofliche von Chihli, Canton und der Handwerkskammer werden vermutlich unverzüglich aus ihren Stellungen entfernt werden.

Zur Krise auf dem Balkan.

Belgrad, 5. Jan. Der König hat laut „Frankf. Ztg.“ die Demission des Cabinets Belimirovitch nicht angenommen.

Die Unruhen in Indien.

Kalkutta, 5. Jan. (Reuter.) In Titagur bei Kalkutta kam es zu erneuten Zusammenstößen zwischen Mohammedanern und Hindus, wobei die Moscheen angegriffen und teilweise zerstört und auch mehrere Mohammedaner getötet wurden. Erst nach dem Einschreiten des Militärs gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Die Lage ist ernst, da die Mohammedaner wegen der Entweihung ihres Gotteshauses auf die Hindus sehr erbittert sind. Viele Hindus von Titagur haben sich nach Kalkutta geflüchtet.

Das Erdbeben in Süd-Italien.

Siederanstalt Neffinas.

Rom, 4. Jan. Heute nachmittag sind zahlreiche Ueberlebende und Verletzte hier eingetroffen. Sie wurden auf Kosten des Papstes in dem Spital Santa Maria untergebracht. Die Volkshafter und die italienischen Missionen im Ausland haben für die Rettungsspende je 500 oder 200 Francs gesammelt. Einem Berichterstatter gegenüber erklärte Orlando, Messina müsse wieder aufgebaut werden, was am besten durch Private erfolge. Der Staat werde Geldmittel zu günstigen Bedingungen hergeben. Gleichzeitig fährte der Minister Mahnahmen an, die zur Wiederherstellung der Justizverwaltung ergreifen werden sollen, um die Nachschlagen zu regeln.

Teilnahme und Hilfe.

Frankfurt, 5. Jan. Bei der hiesigen Handelskammer sind ihren Mitgliedern bis heute 41.029 Mark eingegangen.

Mürnberg, 5. Jan. Der Magistrat bewilligte 5000 Mark für die Opfer des Erdbebens in Süditalien und Sizilien.

Berlin, 5. Jan. Die Kaiserin empfing den Führer der auf Veranlassung des deutschen Hilfs-Komitees nach Neapel abgeordneten Abordnung des Roten Kreuzes Dr. Franz Colmers vor seiner Abreise. Dr. Colmers ist bereits während des russisch-japanischen Krieges im Auftrag des Roten Kreuzes tätig gewesen. In allen Teilen des Reiches werden im Anschluß an das deutsche Hilfs-Komitee Landes-, Provinzial- und Lokalkomitees gebildet oder sind in Bildung begriffen. So in Dresden, Stuttgart, Leipzig und anderen Orten. In Darmstadt trat heute ein Landeskomitee unter Beteiligung der Regierung und der Landstände zur Hilfeleistung für Süditalien im Anschluß an das Reichskomitee zusammen. Das deutsche Hilfs-Komitee erfuhr alle Landes-, Provinzial- und Lokalkomitees, soweit sie nicht bereits dem deutschen Hilfs-Komitee angeschlossen sind, um Anschluß an das Reichskomitee zu erlangen. Das deutsche Hilfs-Komitee erfuhr alle Landes-, Provinzial- und Lokalkomitees, soweit sie nicht bereits dem deutschen Hilfs-Komitee angeschlossen sind, um Anschluß an das Reichskomitee zu erlangen. Das deutsche Hilfs-Komitee erfuhr alle Landes-, Provinzial- und Lokalkomitees, soweit sie nicht bereits dem deutschen Hilfs-Komitee angeschlossen sind, um Anschluß an das Reichskomitee zu erlangen.

Deffa, 5. Jan. Der Herzog von Anhalt hat für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Süditalien 5000 Mark gespendet.

Die Ueberlebenden.

Neapel, 5. Jan. Ein Geretteter aus Messina gibt an: Fräulein Deder ist am Leben. Die unter den Geretteten befindliche Erzieherin Elsa Reim aus Osnabrück berichtet, daß Fräulein Sbert und Frau Elise Trommetta geb. Grill mit Kind gerettet sind. Dagegen sollen die Schwestern der zuletzt Genannten mit 4 Kindern ums Leben gekommen sein.

Ein Aufruf der Deutschen in Italien zur Hilfeleistung.

Es lief beim italienischen Konsul in Heidelberg ans Neapel folgende Depesche ein, mit der Bitte um Veröffentlichung:

Zur sofortigen Vinderung der Leiden Verwundeter und obdachlos Ueberlebender des furchtbaren Erdbebens in Sizilien und Calabrien, die zu Tausenden in Neapel gelandet werden, bildete sich ein gemeinsamer Hilfsauschuß in hiesiger Fremdenkolonie. Der deutsche und schweizerische Klub „Musium“ hat seine Räume und andere Lokalitäten zur Hospitälern umgewandelt. Dreißig Betten sind bereits aufgestellt, durch verwundete Frauen und Mädchen besetzt, behufs Verpflegung, späterer Ausrüstung und Weiterhülfe. Deutsches, sowie internationales Krankenhaus sind schon überfüllt. Wir wenden uns vertrauensvoll auch an die Opferfreundlichkeit unserer deutschen Landsleute in der Heimat mit herzlich dringender Bitte, rasche Beihilfe durch Ueberweisungen an unterzeichnete, Neapler deutsche Firmen gütigst gelangen zu lassen. Im Auftrage und namens der Deutschen in Neapel: Carl Selmeyer, kaiserlich deutscher Konsul und in Firma Selmeyer & Co., Bankhaus und Generalagentur des Norddeutschen Lloyd, Kellner & Lampe, Generalagentur der Deutschen Ostafrikalinie etc. in Neapel.

Volkswirtschaft.

Das Erdbehauptungs- und der Südrübenmarkt.

Sie nicht anders zu erwarten war, haben die Nachrichten über die Katastrophe in Süditalien eine Befestigung der Stimmung für diejenigen Produkte hervorgerufen, die aus dem Erdbehauptungsgebiet kommen. Dies gilt in erster Linie für Zitronen, die hauptsächlich von Sizilien kommen. Da nun anzunehmen ist, daß von Messina vorläufig keine Sendungen zu erwarten sind, hat sich in der letzten Zeit eine rege Kaufstimmung bemerkbar gemacht, die eine Preissteigerung zur Folge gehabt hat. Vorläufig muß die Befestigung des Bedarfs an Zitronen von Palermo aus erfolgen. Anders verhält es sich mit Apfelsinen; für diese haben sich die Preise bis jetzt nur unmerklich verändert, da vorläufig Apfelsinen aus Spanien über Valencia bezogen werden. Jedes wird auch hierfür mit der Möglichkeit einer Preissteigerung gerechnet.

Jahresbericht der Handelskammer zu Lübeck.

Nicht uninteressant spricht sich der in den letzten Tagen erschienene Jahresbericht der Handelskammer zu Lübeck über das vergangene Jahr 1908 aus. Nach einem einleitenden Hinweis auf den Niedergang der Wirtschaftslage im Anfang des letzten Jahres, der, wie überall, so auch den Geschäftsgang von Lübeck, Handel, Industrie und Schifffahrt beeinflusst hatte, wird ausgeführt:

Wenn Berichte über die einzelnen Geschäftszweige auch nur in wenigen Fällen einen nennenswerten Aufschwung, häufiger dagegen einen Rückgang melden, so ist doch im großen und ganzen unverkennbar, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Lübecker Gebietes sich in verhältnismäßig ruhigen Bahnen und ohne erhebliche Störungen bewegt hat, insbesondere, wenn man davon abstrahiert, die in vieler Hinsicht außergewöhnlich günstigen Jahre 1906 und 1907 als normalen Vergleichsmaßstab zu wählen. Namentlich haben die meisten Zweige des Handels bestrebende Umsätze erzielen können, denen allerdings vielfach der Handelsgewinn nicht entsprochen hat, da die Einkaufspreise nicht immer in demselben Verhältnis wie die Verkaufspreise zurückgingen. Der für Lübeck besonders wichtige Verkehr mit den nordischen Ländern hat nach den vorliegenden Berichten im Gesamtresultat zwar im allgemeinen nicht den Umfang des Vorjahres erreicht, ist aber immerhin normal verlaufen. Nur im Speditionsgeschäft hat sich eine geringe Abnahme bemerkbar gemacht. Die Einfuhr aus Schweden hat sich annähernd auf der Höhe des Vorjahres gehalten, dagegen ist die Ausfuhr zurückgegangen. Der Warenverkehr mit Finnland hat einen normalen Verlauf genommen, auch der Verkehr mit Rußland wird im großen und ganzen nicht als ungünstig bezeichnet. Die regelmäßige Schifffahrt wie im Verkehr mit Dänemark und Schweden gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang auf; von Schweden sind namentlich die Holztransporte bedeutend geringer gewesen. Dagegen war der Verkehr mit Rußland und namentlich mit Finnland ziemlich reger. Die den Verkehr mit Rotterdam und den Rheinplätzen vermittelnde Linie hat noch immer über Mangel an Ladung zu klagen. Die Frachten haben sich teils nur mit Mäßigkeit behaupten können, teils jedoch Einbußen erlitten. Die freie Schifffahrt ist in hohem Grade unbesriedigend verlaufen. Das Ueberangebot von Schiffsräumen hat in Verbindung mit dem Rückgang des Güterverkehrs die Frachtraten bis zum äußersten Tiefstand sinken lassen, so daß das Rederergeschäft ohne Gewinn blieb. Eine Hebung dieser ungünstigen Geschäftslage wird nur von einer beträchtlichen Einschränkung des Schiffbaues erhofft. In der Binnenschifffahrt hielt die allgemeine Wirtschaftslage das Transportgeschäft bis zum Herbst in bescheidenen Grenzen, während auch dann der ungünstige Wasserstand der Elbe und früh einsetzender Frost den Güterverkehr zu seiner rechten Entwicklung kommen ließen. Das Frachtgeschäft ist ebenfalls ungünstig verlaufen. Für die industrielle Entwicklung Lübecks macht sich der fördernde Einfluß des Elbe-Elbe-Kanal und die Verletzung der Trane vom Seehafen bis zur Einmündung in die See auf 7 Meter Wassertiefe (die noch auf 7 1/2 Meter gebracht werden soll) von Jahr zu Jahr spürbarer geltend und hat auch im Berichtsjahre trotz der ungünstigen Wirtschaftslage recht beachtenswerte Erfolge gezeitigt.

Englische Dividenden für das zweite Halbjahr 1908.

Das zweite Halbjahr war für die Mehrzahl der britischen Banken leistungsfähig. Im allgemeinen haben aber alle englischen Banken in den Jahren 1906 und 1907 ihre stillen Reserven ganz bedeutend vergrößert, dergestalt, daß vielfach angenommen wird, man könnte jetzt die Reservelegung verringern, entsprechend der geringeren Beschäftigung des Kapitalmarktes durch den Handel. Man rechnet daher im allgemeinen mit der Aufrechterhaltung der Dividenden, da das Jahr 1908 auch kaum irgendwelche größeren Verluste aus schwachen Debitoren gebracht hat. In einzelnen Fällen wird sogar eine leichte Erhöhung der Dividende erwartet. Die National Discount Co. ist das erste von den Diskontohäusern, das einen Abschluß vorgelegt hat. Die Dividende bleibt bei 10 Prozent stehen, die Reserve erhält eine Zuweisung von 10000 Pfr., während sie im Vorjahre unbeeinträchtigt blieb und der Vortrag ist von 15221 Pfr. auf 17900 Pfr. erhöht worden.

Am Geldmarkt war heute der Privatdiskont 3/4 Prozent;

tägliches Geld ca. 3 Prozent.

Spinnerei und Weberei Offenburg. Eine Generalversammlung der Spinner und Weberei Offenburg soll über Statutenänderungen beraten.

Konsolidiertes Nordfeld zu Waldmohr (Pfalz). Die gestern in Offenburg stattgefundene Versammlung der Inhaber von Schuldverschreibungen der Gewerkschaft Konsolidiertes Nordfeld zu Waldmohr (Pfalz), in der 24 Schuldverschreibungsinhaber 1340 Stimmen vertreten, beschloß nach längerer Erörterung einstimmig die weitere Stundung der Abfindung und Tilgung der Schuldverschreibungen bis zum 1. April 1910 und ermächtigte die Verwaltung zur Fortsetzung gültig bis zum 1. April 1911 das Vergewaltigungsgesetz zu beschließen usw. In die Verwaltungsetzung wurde anstelle des Direktors Schlicher Direktor Joetten von der Offenburger Kreditanstalt gewählt.

Orenstein u. Koppel — Arthur Koppel. Ueber die Verhandlungen wegen der Interessengemeinschaft Orenstein u. Koppel und Arthur Koppel wird mitgeteilt, daß sie einen günstigen Fortgang nehmen und voraussichtlich schon in naher Zeit zu einer Verschmelzung beider Unternehmungen führen dürfen.

Die Malletbank in Hamburg fordert durch ein Rundschreiben die Interessenten im Handel mit Kinnensharen und amerikanischen Eisenbahnshares auf, zwecks Erhaltung der Londoner Kommissionsgeschäften und zwecks billigerer Ausführung ihrer Ordres der Malletbank in Hamburg als Kommissionsstelle sich zu bedienen. Sie weist in dem Rundschreiben ausdrücklich auf die Möglichkeit solcher Vergleiche hin, zunächst für Ordres, denen später auch Prämienzuschüsse folgen könnten. Sie würde sich für die Bedienung eines Kommissions von 5 Pfg. pro Stück ausbedingen.

Gebr. Dannenbaum, Braunschw. Der vorläufige Status der Polonialgroßhandlung und Zuckerraffinerie Gebrüder Dannenbaum

in Braunschweig-Gelmerstedt und Magdeburg zeigt bei M. 2 785 600 Passiven buchmäßig nur M. 46 000 Ueberschlag. Da aber mindestens M. 550 000 Verluste zu erwarten sind, ferner M. 1 215 000 Forderungen sichergestellt sind, bleiben den übrigen Gläubigern 62 Prozent; vorausgesetzt, daß eine langsame gütliche Abwicklung möglich ist.

Mannheimer Effektenbörse

vom 5. Januar. (Offizieller Bericht)

An der Börse waren heute einzelnen Industrie-Aktien etwas niedriger. Vulkan 345 B. und Zellstofffabrik Waldhof 323.50 B. — Die Aktien der Pfälz. Röhrenmaschinen- und Fabrikfabrik wurden zu 127 Prozent gehandelt.

Aktien

Table with columns: Aktien, Preis, Geld, Brief, Geld. Includes entries for various banks, transport, and industry stocks.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeiger)

Frankfurt a. M., 5. Januar. (Fondsbörse.) Die Vorgänge im Orient, speziell die diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien verstimmt und haben unerwartet eine Verstimmung an der Börse herbeigeführt, welche teilweise allerdings schon an der gestrigen Abendbörse zum Ausdruck kam. In Zusammenhang mit Wiener Abgaben und auf Gerüchte über eine bevorstehende Abberufung des österreichischen Botschafters in Konstantinopel lagen österreichische Werte schwach. Die Verstimmung wurde noch gefördert durch die gestrige Newyorker Börse, wo besonders starke Rückgänge die Stahltraktanten erfuhren. Die Einzelheiten des Verkehrs ergaben zunächst stärkere Realisationen auf dem Montanmarkt, wo Eisen- und Kohlenwerte Kurseinbußen zu verzeichnen hatten. Banken waren ebenfalls schwach, Kreditaktien und Diskonto Kommandit stärker gedrückt. Schifffahrtsaktien schwächer, ebenso amerikanische Bahnen, Pennsylvania konnte den Kursstand nicht behaupten, schloss aber besser. Auf dem Markt der Industriepapiere fehlte es an Regsamkeit, doch zeigte das Kursniveau behauptete Tendenz, einzelne Maschinenfabriken waren fest, chemische Werte ungleichmäßig. Der Fondsmarkt läßt mit Ausnahme von 4proz. Papieren Abschwächung erkennen, besonders waren 3proz. Reichsanleihen und preussische Konsols stärker angeboten. Serben und Russen schwach, Türkenlose auf Paris niedriger. Auch im weiteren Verlauf war die Tendenz wenig verändert, da die Spekulation sich weitere Reserve auferlegte. Nachborslich ruhig bei teilweise befestigter Tendenz im Anschluss auf Rückkäufe. Es notierten Kreditaktien 193 à 193.70, Diskonto 180 à 180.20, Dresdner Bank 148, Staatsbahn 142.60, Lombarden 17.70 à 80, Baltimore 110.50.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft

Table with columns: Ort, Kurs, Datum. Includes entries for Amsterdam, London, Paris, etc.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table with columns: Aktien, Kurs, Datum. Includes entries for various industrial companies like Zuckerfabrik, Eisenwerke, etc.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table with columns: Staatspapiere, Kurs, Datum. Includes entries for Reichsanleihe, Pfälz. Röhrenmaschinen, etc.

Bergwerks-Aktien.

Table with columns: Bergwerks-Aktien, Kurs, Datum. Includes entries for Bochumer Bergbau, Concordia Bergbau, etc.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Aktien.

Table with columns: Aktien, Kurs, Datum. Includes entries for Lübbigsh. Postamt, Ostb. Südbahn, etc.

Handbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table with columns: Handbriefe, Kurs, Datum. Includes entries for various bonds and certificates.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table with columns: Bank- und Versicherungs-Aktien, Kurs, Datum. Includes entries for various banks and insurance companies.

Frankfurt a. M., 5. Januar. Kreditaktien 137.70, Diskontokommandit 102.50, Darmstädter 137.50, Dresdener Bank 143.00, etc.

Frankfurt a. M., 5. Januar. Kreditaktien 193.25, Diskontokommandit 180.25, Staatsbahn 142.60, Lombarden 17.70.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 5. Januar. (Schlußkurs.)

Table with columns: Aktien, Kurs, Datum. Includes entries for various stocks like Reichsanleihe, Pfälz. Röhrenmaschinen, etc.

W. Berlin, 5. Januar. (Telegr.) Nachbörse. Kreditaktien 194.40, 193.70, Staatsbahn 143.00, 142.70, Diskontokommandit 180.80, 180.00, Lombarden 17.80, 17.90.

(Privattelegramm des General-Anzeiger)

Berlin, 5. Jan. (Fondsbörse.) Niedrigere Wiener Vorbörse-Kurse sowie Nachrichten von einer Zuspitzung der Lage zwischen Oesterreich und Serbien riefen bei Eröffnung des heutigen Verkehrs grosse Abgaben auf allen Marktgebieten hervor, die nur bei teilweise erheblich niedrigerem Kursstand Aufnahme fanden. Die vorherrschende Verstimmung wurde noch erhöht durch das

1. Die nach § 23 bis 24 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

2. Die nach § 25 bis 26 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

3. Die nach § 27 bis 28 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

4. Die nach § 29 bis 30 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

5. Die nach § 31 bis 32 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

6. Die nach § 33 bis 34 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

7. Die nach § 35 bis 36 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

8. Die nach § 37 bis 38 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

9. Die nach § 39 bis 40 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

10. Die nach § 41 bis 42 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

11. Die nach § 43 bis 44 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

12. Die nach § 45 bis 46 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

13. Die nach § 47 bis 48 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

14. Die nach § 49 bis 50 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

15. Die nach § 51 bis 52 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

16. Die nach § 53 bis 54 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

17. Die nach § 55 bis 56 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

18. Die nach § 57 bis 58 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

19. Die nach § 59 bis 60 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

20. Die nach § 61 bis 62 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

21. Die nach § 63 bis 64 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

22. Die nach § 65 bis 66 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

23. Die nach § 67 bis 68 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...

24. Die nach § 69 bis 70 begünstigten Verordnungen der Grundbesitzer...